

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.
Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:
Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.
Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen.

Chemnitz. Die Differenzen in der Graphischen Kunstanstalt sind beigelegt. Bezüglich der Behandlung versprach die Firma, daß sich derartige Vorkommnisse wie bisher nicht wiederholen. Der Unorganisierte ist entlassen. Eine Lohnerhöhung von mindestens 1 Mk. für jeden Kollegen tritt in 4 Wochen in Kraft. Außerdem bewilligte die Firma Ferien. Die Kollegen zogen daraufhin ihre Kündigungen zurück.

Ferienbewilligungen.

Chemnitz. Die Firma Wilh. Dohmen gewährte 2 Kollegen je 1 Woche Ferien. — Die Graphische Kunstanstalt bewilligte 3 Tage Ferien nach 1jähriger Beschäftigung.

Dresden. Folgende Firmen gewähren Ferien: Fürstenau & Co.: nach 5jähr. Beschäftigung 2, nach 10jähriger 4, nach 15jähriger 6 Tage; von 18 Kollegen kommen 11 in Frage. Iris (in derselben Weise wie Fürstenau). Leutert & Schneidewind: nach 3jähr. Beschäftigung 1 Tag, nach jedem weiteren Jahr der Beschäftigung 1 Tag mehr bis zu 6 Tagen; von 25 Kollegen treten dieses Jahr 13 in den Genuß von Ferien. Meinhold & Söhne: bei 5–10jähriger Beschäftigung 2, bei

10–15jähriger 4, bei 15–20jähriger 5 Tage, bei mindestens 25jähriger eine Woche. *Neuke & Ostermeyer:* nach 2jähriger Beschäftigung 2, nach 3jähriger 3, nach 4jähriger 4 Tage, nach 5jähriger eine Woche; von 33 Steindruckerkollegen haben z. Z. 22 Ferien. *Anton Reiche:* nach 10jähriger Beschäftigung eine Woche; von 65 Lithographen und Steindruckern kommen 28 in Frage. *Schupp & Nieth:* nach 5jähriger Beschäftigung 2, nach 10jähriger 4, nach 15jähriger 6 Tage; von 15 Lithographenkollegen treten 9 in den Genuß der Ferien.

Frankfurt a. M. Ferien bewilligen die Firmen: *May Söhne, Martens, Guhl & Komp.,* letztere nach 2jähriger Beschäftigung 3, nach 3jähriger 6 Tage und zwar haben dieses Jahr 14 Chemigraphenkollegen 6 und 6 weitere 3 Tage Ferien.

Hamburg. Die Buch- und Steindruckerei *Gustav A. Schmidt* gewährt nach 1/2jähriger Tätigkeit 3, nach 1 1/2jähriger 4, nach 3jähriger 6 Tage Ferien. Da die Firma selten mit dem Personal wechselt, treten sämtliche Angestellten in den Feriengenuß.

Mülhausen i. Els. Die Firma *Ch. Bahi* bewilligte ihrem gesamten Personal 3 Tage Ferien; von uns kommen 4 Kollegen in Betracht.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann. Angerer (für Kupferdrucker).

Eltville. Fischer & Co.

Köln a. Rh. Witte & Co.

Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus (für alle Berufsgruppen).

Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölischer & Breimer (für Tapetendrucker).

Lichtenberg (Oberfranken).

Für Chemigraphen:

Berlin.

Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter.

Dresden Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Erfurt. Ohlenroth'sche Buchdruckerei.

Hamburg. Nelles & Komp.

Leipzig. Mejo & Springer; C. Wittstock.

Stuttgart. Gebr. Rößle; Aug. Krämer.

Im Ausland:

Belgien. Firma La Lithographie Artistique, Desecleé De Brouwer Cie, Bruges.

Dänemark. Kopenhagen (Kupferdr.). A. Jakobsen-Kopenhagen (Chem.).

Holland. Krommenie: Verwers Metaaldrukkery (Lithogr. und Steindr.).

Oesterreich. Lemberg.

Krakau. Firma Zorza. Guntramsdorf bei Wien (Formst.). Prag-Lieben. M. Grab Söhne, Wachs- und Linoleumdrukkerei.

Tarifamt für Deutschlands Chemigr. und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariftreuen Anstalten sind nachzutragen:

Carl Jander, Inh. Wilh. Wicht, Berlin; C. L. Albert Probst, Braunschweig; F. Neuburg & G. Witms, Hamburg.

Aus dem Verzeichnis zu streichen sind:

Carl Tranquillini, Berlin; C. Wittstock, Leipzig.

Berlin, 5. Juli 1909.

Georg W. Büxenstein, Prinzipal-Vors. Alb. Hehr, Gehilfen-Vorsitzender.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Max Obier †. Unterstützungsverein und Schutzverband. Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Schulsozialismus. Briefkasten der Redaktion. Briefkasten der Expedition. — **Allgemeines:** Ein preußischer Minister gegen die Gelben. — **Der Lithograph:** Vom Künstlerstolz der Lithographen. Eigenheiten der Kartographen. — **Die photomech. Fächer:** Der Arbeitsnachweis der Lichtdrucker. I. Brief aus Erfurt. Brief aus Bergamo. Aus den Sektionen: München, Offenbach. — **Photogr. Mitarbeiter:** Photographengehilfen-Konferenz. Eine Versammlung der Porträtmaler und Printenzeichner Berlins. — **Anzeigen.**

Max Obier †.

Nicht überraschend, aber trotzdem in voller Wehmut traf uns die Nachricht, daß unser Max Obier Freitag, den 9. Juli, mittags 1 1/2 Uhr verstorben ist. Wer kannte ihn nicht, diesen unermüdeten Vorkämpfer der Kollegenschaft. Er war allgemein beliebt und geachtet, und allerorts, wo Kollegen wohnen, wird das Hinscheiden dieser edlen und treuen Seele Schmerz und Trauer auslösen. Stets stand er der Kollegenschaft mit Rat und Tat zur Seite und erwarb sich so eine große, treue Freundes- und Anhängerschar, der er unvergeßlich bleiben und in der sein Geist immer fortleben wird.

Max Obier wurde am 25. Oktober 1859 zu Berlin geboren. Sein Vater, selbst ein Steindrucker und nicht in den besten Verhältnissen lebend, ließ »seinem Max« neben dem Volksschulunterricht noch Privatunterricht erteilen und später das Steindruckerhandwerk erlernen. Hierin brachte es Max zu großer Tüchtigkeit. Aber trotzdem ließ ihm der Haß und die Ver-

folgungswut des Unternehmertums schon in seinen jungen Jahren keine Ruhe, und auch später, als Familienvater, mußte er noch oft zum Wanderstab greifen. Wer so wie ich Gelegenheit hatte, diesen edlen Kämpfer um Menschenrechte, der sich selbst trotz seiner großen Kinderschar niemals schonte, zu beobachten, der fühlt erst recht den herben Verlust, der die Kollegenschaft, die Arbeitersache durch seinen Tod getroffen hat.

Schon als Jüngling, im Alter von 25 Jahren, lernte ich Obiers Wirken kennen. Vereint mit mir und anderen meist nicht mehr tätigen Kollegen wurde die schwierige Arbeit »der Gründung eines Berliner Fachvereins« verwirklicht. Hier war es Obier, der schon damals seine ganze Kraft einsetzte. Im September 1885 wurde der Fachverein ins Leben gerufen. Unermüdet war Obier von Anfang an in verschiedenen Kommissionen tätig. Bei der ersten größeren Berliner Lohnbewegung im Jahre 1888 war er Kommissionsmitglied. Das Wirken dieser Kommission hatte Erfolg, für Berlin wurde ein Minimallohn von den Unternehmern anerkannt. Angespornt durch diesen ersten größeren Vorstoß wurde die Kommission beauftragt, weiter zu wirken.

Auch gesangeskundig war unser Max. Er, der an einem Berliner Theater im Chor mitgesungen, ließ die Idee in den Kreisen der Kollegen reifen, einen kollegialen Gesangverein ins Leben zu rufen, dessen Chorführer er bald wurde. Dieser Gesangverein trug sehr viel zur Befestigung des damaligen Fachvereins bei.

1890 kam es zur Vorbereitung einer weiteren Lohnkommission. Auch hier war Obier einer

der tätigsten. Leider wurde diese Bewegung später durch verräterische Handlungen eines Kommissionsmitgliedes vereitelt. Obier wurde zum ersten Mal gezwungen, zum Wanderstab zu greifen; Haß und Verfolgungswut des Unternehmertums ließen ihn in Berlin keine Arbeit mehr finden. 1891 mußte er mit Familie Berlin verlassen. Er siedelte nach Detmold über.

Aber auch dort rief ihn die Sache zur Arbeit und wir sehen unseren Max bald wieder in reger Tätigkeit. Im Februar 1892 trat er in den Senefelder-Bund ein. Von diesem Tage an war er auch in diesem ständig wirksam. Er wurde auf verschiedene Generalversammlungen des S.-B. delegiert. In Detmold wurde Obier später mit dem Amt eines Konsumlagershalters betraut und als Landtagsabgeordneter gewählt. So sehen wir ihn jederzeit für die Arbeitersache eintreten.

Schicksalsschläge veranlaßten Obier, später nach Mainz und von da nach Karlsruhe übersiedeln. Doch überall blieb er der Wirksamkeit für die Arbeitersache, dem Kampf um Menschenrechte treu, trotz aller Verfolgungen und reicher Kinderschar. Trotz aller durchgekauften Entbehrungen war er immer unter der Schar der Kämpfenden in erster Reihe zu finden.

Im Februar 1902 wurde Obier zum Redakteur der »Graph. Presse« und Verbandsverwalter nach Leipzig gerufen. Später konnte er den Verwalterposten seinem Nachfolger Pfeiffer übertragen. In seiner Leipziger Zeit hat er getan, was er konnte. Er hat das Beste gewollt und in dieser Stellung hergegeben.

Was er den Leipziger Kollegen geworden ist, das wird durch die Worte bewiesen: »Obier hat in Leipzig großes geleistet!« Dieses Urteil kann man noch heute allgemein hören.

Im August 1907 gab Obier das Redakteuramt an seinen Nachfolger Barthel ab. Er selbst trat als Sekretär in das Hauptbureau des Verbandes ein. Obiers einziger Wunsch, nach seiner Vaterstadt wieder zurück zu können, ging so in Erfüllung. Nach 16jähriger Verbannung konnte er endlich sein Heim wieder in Berlin aufschlagen. Auch hier arbeitete Obier wie früher unermüdet für die Arbeiterklasse weiter. Noch kurze Zeit vor Beginn seines schweren Leidens wählten ihn die Genossen des Berliner Vororts Pankow zum Gemeinderatsmitglied. War auch sein Wirken dort nur von kurzer Dauer, so hat er sich doch dabei die Achtung aller erworben.

Nun ist er von uns geschieden, der edle Charakter, der Kämpfer, wie er besser nicht gedacht werden kann. Obier hat gelitten und mit uns gekämpft. Jetzt ist er dahin. Wir aber kämpfen weiter, unermüdet, bis auch uns der Tod abrufet.

— Ehre seinem Andenken! —

Die Redaktion. Der Hauptvorstand.
Der Ausschuß.
I. A.: Otto Sillier.

Unterstützungsverein und Schutzverband.

Der Unterstützungsverein Senefelder in Frankfurt a. M., der vom Unternehmertum gehätschelte und gepöppelte gelbe Sprößling in unserem Gewerbe, hat unterm 14. Juni die 8. Nummer seiner Mitteilungen erscheinen lassen, die zunächst einen Bericht des Hauptvorstandes über das IV. Quartal 1908 enthält.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß der gelbe Verein seinen Höhepunkt erreichte. Trotz aller Werbemaßnahmen der Unternehmer und ihrer Vertrauenspersonen, trotz des terroristischen Zwanges, der dabei zur Anwendung kam, ist die Mitgliederziffer am Schlusse des IV. Quartals auf demselben Stande stehen geblieben wie am Schlusse des III. Quartals 1908. Sie betrug am 30. September vorigen Jahres 1475. Im Laufe des IV. Quartals waren 85 Eintritte zu verzeichnen, denen aber 86 Austritte gegenüberstanden, so daß am 31. Dezember 1908 noch 1474 Mitglieder vorhanden waren, also eines weniger wie am Schluß des III. Quartals. Tatsächlich dürfte aber der Mitglieder-rückgang noch größer sein, denn schon in den am 2. Dezember 1908 ausgegebenen Mitteilungen No. 7 bezifferte der gelbe Verein seinen Mitgliederstand auf 1480. Zieht man in Betracht, daß in der Gesamtmitgliederzahl auch die Zahl der zwangsweise in den Unterstützungsverein gepreßten Lehrlinge, für die das Unternehmertum die Beiträge zahlt, mit enthalten ist, so sieht das Ergebnis 1 1/2 jähriger Werbearbeit der Unternehmer, ihrer Vertrauenspersonen und ihrer Kreaturen aus den Reihen der Gehilfen kläglich genug aus; nur 818 Vollmitglieder konnten die Unternehmer am Schlusse des IV. Quartals 1908 in ihrer gelben Prätorianergarde mustern! Diese Zahl erreicht bei weitem noch nicht die Gesamtziffer der in Deutschland beschäftigten Faktore, Oberlithographen, Oberdrucker usw., aus denen doch der Unterstützungsverein trotz aller Ablebnungsversuche hauptsächlich zusammengesetzt ist, sodaß man sich einen Begriff davon machen kann, wie „groß“ die Zahl der Gehilfen sein mag, bei denen die gelbe Saat Wurzel geschlagen hat.

Das erfüllt natürlich nicht nur den Unterstützungsverein, sondern auch seinen Protektor, den Schutzverband, mit herbem Schmerz. Er hatte gehofft, in den Zeiten des Kampfes an dem Unterstützungsverein eine feste Stütze durch die Bildung einer festen Streikbrechertruppe zu haben, die sich willens nach bestimmten Orten oder Anstalten, in denen die organisierte Gehilfenschaft in einen Kampf für die Verbesserung ihrer Lage eingetreten ist, kommandieren läßt. Diese Hoffnung ist dank des gesunden

Geistes, der in unserer Kollegenschaft herrscht, elend zuschanden geworden. Auf die im Unterstützungsverein gesammelten 818 Leute hätte die organisierte Gehilfenschaft auch dann nicht bauen können, wenn dieser Verein nicht begründet worden wäre. Sie hätten den Unternehmern auch ohne die gelbe Gründung zur Verfügung gestanden, denn sie sind eben, soweit sie überhaupt noch Gehilfen sind, zum größten Teil jeder Verbesserung ihrer Lage abhold, weil sie durch ein mannhaftes Eintreten für diese Verbesserungen ihre »Lebensstellung« zu verlieren fürchten. In dieser »Lebensstellung« würden sie auch ohne die Mitgliedschaft in der Unterstützungsvereinigung bei Konflikten als Arbeitswillige stehen geblieben sein. Von einem Ort oder einer Anstalt zur andern werden sie sich aber auch nach ihrem Anschluß an den Unterstützungsverein schwerlich kommandieren lassen. Sie sind eben geborene Hasenfüße, die weder zum Guten noch zum Schlechten etwas riskieren. Der Schutzverband hat also das Geld, das er bisher für den Unterstützungsverein opferte, vollständig umsonst verpulvert, woraus sich sein Schmerz erklärt.

Die *vergeblichen* Bemühungen des Schutzverbandes sprechen nicht gegen den *gelben Charakter* des Unterstützungsvereins. Seine Macher hatten jedenfalls den besten Willen, zur Erfüllung der Hoffnungen des Schutzverbandes beizutragen. Sie setzten die eigenen Charaktereigenschaften auch bei der Allgemeinheit der Kollegenschaft voraus. Daß sie sich darin getäuscht haben und daß sich die Kollegenschaft nicht für ihre verräterischen Pläne gewinnen ließ, ändert an den *Absichten* dieser Macher nicht das geringste. Daß diese darauf gerichtet waren, den Unternehmern eine Prätorianergarde zu schaffen, wird schon durch das rege Interesse bewiesen, das der Schutzverband der Gründung stets entgegenbrachte und noch entgegenbringt. Eine interessante Beleuchtung erfährt diese Tatsache neuerdings durch den in No. 13 des Unternehmerorgans veröffentlichten Bericht über die am 26. Juni in Nürnberg abgehaltene Generalversammlung des Schutzverbandes, in welchem folgendes zu lesen ist: »In seinen weiteren Ausführungen macht der Vorsitzende (Dr. Gerschel!) vertrauliche Mitteilungen über die *Gehilfen- und Lehrlingsversicherung bei dem Unterstützungsverein Senefelder in Frankfurt a. M.*« Daraus geht klar hervor, daß der Schutzverband dem Unterstützungsverein nicht nur für die gepreßten Lehrlings-, sondern auch für die Gehilfenmitglieder Zuwendungen gemacht hat in der bestimmten Erwartung, daß eine Hand die andere waschen werde. Der gelbe Charakter des Unterstützungsvereins wird also jetzt auch durch das Schutzverbandsorgan offen aufgezeigt, jedenfalls sehr zum Leidwesen der gelben Macher, die diesen Charakter stets abzuleugnen und zu verschleiern suchten.

Worin die »vertraulichen Mitteilungen« bestanden, ist belanglos. Es genügt uns zu wissen, daß, soweit die Vergangenheit in Frage kommt, die Hoffnungen des Unternehmertums zu Wasser wurden, und daß auch in Zukunft alle Pläne des Schutzverbandes und seiner Helfer das gleiche Schicksal erfahren werden. Dafür bürgt eben der gute, solidarische Geiste, der die Allgemeinheit der Kollegenschaft erfüllt, und der sie die Schliche und Piffes des Unternehmertums erkennen und alles, was mit ihm im Bunde steht und gelb schimmert, mit Verachtung von sich zu weisen lehrt. Diese Erkenntnis wird auch noch vielen von denen kommen, die sich in den Unterstützungsverein aufnehmen oder zwingen ließen.

Daran werden auch die verzweifelten Manöver des gelben Hauptvorstandes nichts ändern, seine Mitläufer dadurch zu halten, daß er sie vor unseren Kassenverhältnissen graulich macht. Besonders rechnet er aus, was unsere Organisation für die Invaliden und Wittwen aufzubringen hat. Er scheint dabei gar nicht zu merken, wie er dadurch auch den letzten Schein preisgibt, daß die Gründung zur Erfüllung sozialer Aufgaben erfolgte. Denn er bringt es tatsäch-

lich fertig, sich zu rühmen, daß der gelbe Verein prozentual größere Ueberschüsse machen kann, weil er erst vom Jahre 1912 ab in die gefährliche Lage kommt, Invaliden und Wittwen unterstützen zu müssen, wie wir, die wir schon jetzt zahlreiche dieser Aermsten der Armen in solidarischer Weise unterstützen. Und außerdem verhöhnt er uns gewissermaßen noch dafür, daß wir die Invaliden und Wittwen des *alten* Senefelderbundes, sobald dessen Vermögen aufgebraucht ist, auf unsere Kassen übernehmen. Während er uns früher Kassenräuber nannte, triumphiert er jetzt, daß er die gleiche »Dummheit« nicht begangen und sich um das Schicksal dieser Invaliden und Wittwen den Teufel geschert hat. Außerdem prözt er mit der sorgfältigen Auslese, die er bei Mitgliederaufnahmen trifft, indem er alle vom Arzt nicht als ganz gesund befundenen Kollegen zurückweist, und er höhnt darüber, daß wir diese Leute, die die Hilfe der Kollegenschaft am nötigsten brauchen, nicht ihrem Schicksal überlassen, sondern daß wir sie in die weitgehende soziale Fürsorge unseres Verbandes ohne weiteres einbeziehen. Der Unterstützungsverein drückt sich also tatsächlich um alle sozialen Aufgaben, die wir bedingungslos erfüllen, und er hat noch die Stirn, sich zynisch seines unsozialen Charakters zu rühmen und uns zu verhöhnen, weil wir die soziale Fürsorgetätigkeit tatsächlich ernst nehmen.

Diese Ruhmrederei des Unterstützungsvereins dürfte genügen, ihn allen denen, die vielleicht noch an seine soziale Tätigkeit glaubten, als das zu zeigen, was er in Wirklichkeit ist: als eine jedes sozialen Charakters entbehrende gelbe Organisation. Die Beleuchtung dieser Tatsache wird genügen, alle Bemühungen des Schutzverbandes und des gelben Hauptvorstandes zur Stärkung dieses gegen die solidarisch und wahrhaft kollegial denkende Gehilfenschaft gerichteten Gebildes auch in Zukunft illusorisch zu machen.

Die *klassenbewußte* Kollegenschaft steht fest und geschlossen da. Und diese Einigkeit und Geschlossenheit ist Bürgschaft dafür, daß sie wie bisher gegen alle Maßnahmen des Unternehmertums gerüstet ist. Einen Einblick in diese Maßnahmen gewährt uns der vorhin erwähnte Bericht über die Generalversammlung, trotzdem diese natürlich hinter fest verschlossenen Türen stattfand und nur Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen ließ, die die Taktik der Unternehmer nicht gefährden. Aus diesem Grunde ist ja auch der Bericht Dr. Gerschels für die Abteilung Schutzverband nicht gedruckt, sondern nur mündlich erstattet worden.

Aus dem Bericht im Unternehmerorgan ist zu entnehmen, daß sich der Schutzverband neben der schon erwähnten Stellungnahme zu den Gelben zunächst mit der *Lehrlingsfrage* befaßte. Trotz der durch die ungeheure Arbeitslosigkeit dokumentierten Ueberfüllung des Gewerbes mit Arbeitskräften denkt er nicht daran, zu einer Verringerung der Lehrlingsziffern beizutragen. Im Gegenteil, er will »der gewerkschaftlichen Taktik, den Nachwuchs im Gewerbe zu unterbinden, entgegenwirken«. Wir werden also *gegen* den Schutzverband an einer vernünftigen *Einschränkung* (nicht Unterbindung!) der Heranbildung von beruflichen Nachwuchs zu arbeiten haben!

Zu den »positiven Aufgaben«, die sich der Schutzverband stellte, gehört nach dem Bericht auch die »Schaffung einer *allgemeinen Arbeitsordnung*«. Die Kollegenschaft wird gut tun, alle Bemühungen zur Aenderung bestehender Arbeitsordnungen genau zu beobachten, damit jedem Versuch, *bestehende Verhältnisse zu verschlechtern*, sofort ein Riegel vorgeschoben werden kann.

Natürlich sucht der Schutzverband auch sein zerbrochenes Steckenpferd, die Schaffung eines *Arbeiterlohnkatasters*, noch fernerhin zu reiten. Dr. Gerschel berichtet, »vorläufig sei das Arbeiterlohnkataster nur eingeführt worden für die vier Städte Berlin, Leipzig, Nürnberg und Barmen, demnächst werde jedoch das Arbeiterlohnkataster auf den ganzen Schutzverband ausgedehnt werden.« Die strengste Beachtung

Kronen Aktienkapital. Die Gesellschaft sollte ja zunächst nichts weiter darstellen als eine Möglichkeit, in die österreichische Petroleumindustrie einen Einblick zu bekommen. Dieses Ziel hat denn die Vakuum auch getreulich vor Augen behalten. Allmählich wurde das Aktienkapital gesteigert, 1905 in Oesterreich und in Ungarn je eine eigene Raffinerie errichtet und im besonderen scharf gegen die österreichischen Raffineure gekämpft. Jetzt hat das Unternehmen 20 Millionen Kronen Aktienkapital. Als besonderer Plan lag wohl dabei zugrunde, die österreichischen Raffineure im Inland so zu schwächen, daß ihnen nichts anderes übrig blieb, als sich auf das Exportgeschäft zu legen. Dann würde es, so rechnete man wohl, nicht allzuschwer fallen, die Oesterreicher müde zu machen. Es kam ja noch hinzu, daß die galizische Rohölindustrie, die unheimlich in die Höhe schoß, in absehbarer Zeit bei einem solchen Preiskampfe mit niedrigen Exportpreisen ebenfalls ruiniert werden mußte. So sollte eine Gelegenheit geschaffen werden, die Dinge mit amerikanischem Geld wieder zu sanieren. Aber die furchtbar wachsende galizische Rohölindustrie erzeugte das Gegenteil. Durch ihr riesiges Wachstum — 1874 produzierte sie 21 000 Tonnen, 1904: 827 000, 1907: 1 173 000 und 1908 sogar 1 754 000 Tonnen — entwertete sie das Rohöl viel schneller, als es dem Rockefellertrust angenehm war; die Preise stürzten von 5 Kronen bis auf 90 Heller pro Doppelzentner Rohpetroleum. Der Raubbau, der die gesamte galizische Industrie an den Rand des Abgrundes brachte, hinderte die schnelle Verwirklichung der amerikanischen Pläne. Der Export der Oesterreicher begann sich nun erst richtig zu entfalten. Die Propaganda für österreichisches Petroleum hatte in Deutschland, Skandinavien und der Schweiz gute Erfolge. Dazu kam noch die Tätigkeit der österreichischen Regierung, die für Holz Zwecke das Petroleum zu verwerten beginnt und in dieser Absicht sogar auf eigene Kosten eine riesige Entbenzinierungsanstalt bauen ließ, welche die Raffineure in Pacht genommen haben.

So begann auf einmal ein erbitterter Konkurrenzkampf in Deutschland. Die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft, eine andere Tochtergesellschaft des Oeltrusts, organisierte in Deutschland den Kleinverkauf an den Konsumenten. Die Oesterreicher hatten bis dahin nur an die Großhändler verkauft. Es begann ein erbitterter Preiskampf, der die Petroleumpreise fortgesetzt erniedrigte. Die Amerikaner gingen mit aller Energie vor, ohne viel zu reden. Sie kauften die Berliner Großhandelsfirmen wie Stobwasser, Joske, Norddeutsche Eiswerke usw. einfach auf, samt Kundschaftslisten und Transportmitteln bis zur letzten Petroleumkanne. Die Oesterreicher gründeten ebenfalls eine Verkaufsgesellschaft für Deutschland; man schloß Verträge ab, in denen die Verpflichtung steht, das Petroleum immer um einen halben Pfennig billiger zu verkaufen als die Amerikaner. Ohne weiteres ist diese Taktik der Oesterreicher nur zu begrüßen und verdient auch jede Unterstützung, denn an dem Tage, wo die Petroleumindustrie in den Händen der Amerikaner ist, ist das Weltmonopol für den Oeltrust geschaffen. Dann wird er sich schadloß halten für die Mühlen, die er jetzt hat.

Von Wichtigkeit ist nun, daß die Standardgesellschaft, als sie merkte, daß ihre Zeit gegen die österreichisch-ungarischen Raffineure noch nicht gekommen ist, ihre Taktik änderte und der durch den Raubbau, der eine ungeheure Überproduktion zeitigte, vollständig unrentabel gewordenen galizischen Rohölindustrie helfend entgegen kam. Zwischen dem Landesverband der galizischen Rohölproduzenten und den Vertretern des Oeltrustes wurden wöchentliche Verhandlungen gepflogen, die bei den Amerikanern weiter keine Absicht darstellten, als den Galizier bei dem Helfen gleichzeitig die Macht über die Rohölproduktion abzuwinden. Dann konnte ja die Olex und die übrigen Raffineure machen, was sie Lust hatten; die Produktion des Rohstoffes hatten die Amerikaner doch in der Hand.

Als Wichtigstes kam für die Galizier in Frage, ihre Überproduktion, die Monat für Monat weiter anschwillt, einstweilen überhaupt nur unterbringen zu können. Der Bau von Reservoiren mußte unbedingt so bald als irgend möglich in Angriff genommen werden, aber Geld war und ist bei den Rohölproduzenten zurzeit absolut nicht vorhanden. Schon jetzt sind die Produktionen an Heizöl für die Staatsbahnen, so weit sie in den Jahren 1910 und 1911 fällig sind, beliehen. Und für die nächste Zukunft wird die Situation eher noch schwieriger werden, denn jetzt sind schon wieder 80 Bohrlöcher in aller nächster Zeit produktionsfertig; davon sind 30 in den allerbesten Petroleumgebieten gelegen. Es ist also nichts Besonderliches, daß die Rohölproduzenten sofort auf Verhandlungen eingingen. Der Oeltrust schlug vor, 100 Reservoire zu bauen, die einen Fassungsraum von 10 000 000 dz. darstellen. Die Kosten wollten selbstverständlich die Amerikaner tragen. Innerhalb von fünf Jahren — für so lange war der Vertrag vorgesehen — sollten die Rohölleute Einlagerungsgebühren bezahlen, die bei völliger Füllung der Erdreservoirs gerade die Baukosten ausmachten. Dann sollen 50 davon in ihr Eigentum übergehen, nach einigen weiteren Jahren nochmals 25; die übrigen 25 wollte der Oeltrust für sich behalten, resp. seiner österreichischen Tochtergesellschaft, der Vakuum Oil Co. überweisen. Die staatliche Entbenzinierungsanstalt sollte die Vakuum Oil Co. eben-

falls übernehmen, den Galizier aber bestimmte Preise garantieren. Darin war für die Amerikaner ein besonderer Vorteil enthalten, der ihnen bei besonderen Umständen 55% des österreichischen Inlandsbedarfes an Rohöl in die Hände gespielt hätte. Die Dinge lagen nun zeitweise so, daß für jeden Tag die Annahme der Abmachungen zu erwarten war. Da kam im letzten Moment etwas hinzu, was für uns Arbeiter von besonderem Interesse ist.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des österreichischen Reichsrates brachte die sozialdemokratische Fraktion eine Resolution ein, durch die an die Regierung die Aufforderung gerichtet wurde, eine Verschiebung des Vertragsabschlusses der Rohölproduzenten mit der Standard Oil Co. zu bewirken. Hier haben wir einen Fall, der zeigt, daß die Sozialdemokratie auch auf diesem Wege den Vertrustungsprozeß, so wie er sich in ein Weltmonopol auszuwachsen sucht, wie es bei dem Rockefellertrust der Fall ist, hemmen kann. Die Regierung hat auch auf diesen Mahnruf gehört. Sie machte sofort verlaubar, daß die Genehmigung zum Bau der Erdreservoirs, der auf fiskalischem Boden erfolgen muß, ja damit noch nicht gegeben sei, daß die Rohölproduzenten den Vertrag mit den Amerikanern abschließen. Darauf verzögerten sich dann die Verhandlungen. Währendem arbeitete die österreichische Regierung energisch an einer Lösung des Problems, das ihr durch die sozialdemokratische Initiative gestellt worden war. In den letzten Tagen des Juni ist im Reichsrate die Vorlage Gesetz geworden, nach der die Regierung einen Kredit von 8 Millionen Kronen bekommt, der zum Bau von Erdreservoirs verwendet werden wird. Da in der Begründung betont wird, daß der Verkauf der Reservoire an Private ausgeschlossen sein wird und daß die Regierung den Verkauf des eingelagerten Oeles kontrollieren will, so erscheint ein zukünftiges Petroleummonopol für den Staat als möglich.

Alles in allem: für diesmal ist der Amerikaner noch aus dem Felde geschlagen; ob für immer, ist zweifelhaft, da die allgemeine Situation für die Rohölproduzenten sich trotz aller Hilfe nicht allzuviel verbessert hat. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie sehr wohl mit helfen kann, auch heute schon die kapitalistische Produktion im bestimmten Sinne zu beeinflussen, und dies ist auch ein Stück Weg zur Macht! K. H.

Schulsozialismus.

Es ist eine besonders anziehende und für das Verständnis der modernen Geistesentwicklung wichtige Erscheinung, wie der Gedankengehalt des Sozialismus Schritt für Schritt und in den verschiedensten Formen, aber unauffhaltsam, die Köpfe denkender und warmerziger Politiker auch im bürgerlichen Lager in Besitz nimmt. Während auf der einen Seite die Träger des Riesenkapitalismus immer rascher die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Umgestaltung der alten, unorganisierten kleinbürgerlichen Wirtschaft zur umfassenden Organisation der sozialistischen Produktionsweise schaffen, stellen fortgeschrittene sozialpolitische Fachleute Forderungen auf und arbeiten Systeme aus, die im Grunde nichts anderes sind als die Vorwegnahme oder nähere Ausführung von Ideen sozialistischer Gesellschaftsorganisation. Ein interessantes Beispiel für diese Durchdringung mit sozialistischen Gedankengängen, das zugleich seines sachlichen Gehaltes wegen der Beachtung wert ist, bietet ein als utopische Betrachtungen bezeichnetes, aber völlig ernst gemeintes und ernst zu nehmendes Programm, das der auf sozialhygienischem wie auf sozialpolitischem Gebiete rühmlich bekannte Frankfurter Arzt Professor Max Fleisch vor kurzem unter dem Titel: *Schule und Industriestaat* in den Süddeutschen Monatsheften veröffentlicht hat.

Zutreffend bezeichnet er als das Ziel der Schule: In der Heranbildung der Jugend zu ergänzen, was die Eltern unter dem Drucke der Erwerbsarbeit und aus Mangel an Kenntnissen und Mitteln nicht leisten können. Da dieser Druck heute, namentlich infolge der wachsenden Inanspruchnahme der Frau von der Erwerbstätigkeit, so stark ist, daß das Haus auf dem Gebiete der Erziehung wie der ausreichenden materiellen Fürsorge versagt, so muß hier die Gesellschaft eintreten. Die Unterrichtsschule muß zur *Erziehungsschule* werden. Das soll Hand in Hand gehen mit einer Abkürzung der Dauer der Erwerbsarbeit in Fabrik und Hausindustrie auf ein Maß, das noch eine erziehbare Tätigkeit der Eltern möglich macht. Während der Beschäftigung der Eltern aber soll die Schule eintreten. Dieser wachsen damit eine Reihe Aufgaben zu, die bisher dem Elternhause obliegen, von ihm aber teils gar nicht, teils nur in unzulänglicher Weise erfüllt werden können. Die Ausdehnung der von der Schule zu leistenden Aufgaben auf die Dauer des Arbeitstages der Proletariats ist das Wesentliche der Anpassung der Schule an das Familienleben der Industriebevölkerung. . . . Sind erst einmal Schule und Arbeitszeit im Einklang, so entwickelt sich das weitere Programm fast automatisch. Die Aufgabe ist dann Überwachung, Ernährung und hygienische Versorgung der Kinder in der vom eigentlichen Schulunterricht freien Zeit während der beruflichen Abwesenheit der Eltern.

Die *Überwachung* soll sich auf alles erstrecken, was zur Erreichung des Lernzwecks außerhalb der Lehrstunden erforderlich ist. Dahin gehören neben

der Beaufsichtigung der Schularbeiten, zu der die Familie, auch die nichtproletarische, immer weniger imstande ist, auch die ebensowohl dem Unterricht fürs Leben wie für die Förderung der Gesundheit dienenden Beschäftigungen mit Handarbeit, bei gutem Wetter im Freien, und Haushaltskunde. Ferner planmäßig betriebene Wanderungen und Turnspiele, Schwimmen und Schlittschuhlaufen usw. nach Art dessen, was heute schon in vorbildlicher Weise, aber nur für die Kinder der Besitzenden, in den Landerziehungsheimen geboten wird.

Eine notwendige Folge dieser auf den größten Teil des Tages ausgedehnten Unterrichts- und Beschäftigungszeit (Fleisch rechnet 65 Stunden wöchentlich) muß die Lieferung der notwendigen *Mahlzeiten* sein. Was bisher in beschränktem Umfang (Frühstück oder Mittagsmahlzeit für bedürftige Kinder, Verpflegung in Waldschulen u. ä.) da und dort gewährt wird, das soll allgemeine Einrichtung für alle Schulkinder werden. Es steht das für uns mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel auf einer Stufe.

Auch die *gesundheitliche* Überwachung im engeren Sinne könnte von solchen Schulen natürlich in ganz anderer Weise geleistet werden als von dem heutigen, insonders dem proletarischen Elternhause. Die Tätigkeit des Schularztes fände so erst die Ergänzung, die sie fruchtbar machte. Heute ist der Schularzt nur zu oft nicht imstande, seine Beobachtungen nutzbar zu machen. Allenfalls entschließt sich eine Mutter auf seine Ermahnung zu einem oder zwei Gängen in die Poliklinik. Eine konsequente, Monate erfordernde Behandlung bei Schwerhörigkeit oder Rückgratsverkrümmungen durchführen zu lassen, fehlt ihr aber die Zeit, die sie durch Lohnausfall für versäumte Arbeitsstunden erkaufen müßte. Wie anders, wenn die Schule selbst es übernehmen muß, Kinder, welche einer gleichartigen Behandlung bedürfen, truppweise dem Schularzt, dem Orthopäden zuzuführen.

Die Hauptschwierigkeit für die Durchführung eines so umfassenden und groß angelegten Systems liegt natürlich in der leidigen Geldfrage. Die Reform würde Summen erfordern, die unseren heutigen, hauptsächlich auf die Förderung des kulturfördernden Militarismus gerichteten Staatsmännern unerschwinglich erscheinen werden. Es wären Mittel zu beschaffen für etwa die *dreifache* Zahl von Lehrern und Schulräumen. Denn Fleisch verlangt natürlich auch die Begrenzung der Schülerzahl auf ein Maß, das wirklich einen gedeihlichen Unterricht zuläßt, d. h. auf 25-30 Schüler für einen Lehrer. Das ergäbe etwa die Verdoppelung von Lehrkräften und Schulzimmern. Dazu kämen die infolge der Erweiterung der Erziehungs- und Versorgungsaufgaben (auch in den Schulferien) erforderlichen Aufsichtspersonen und Räumlichkeiten. Schließlich die Verpflegung.

Fleisch schlägt vor, daß die Gemeinden die Mehraufwendungen für die Gebäude übernehmen — auch dann würden ihre Aufwendungen auf den Kopf des Volksschülers noch geringer sein als die für den höheren Schüler — und daß der Mehrbedarf gedeckt werde durch eine nach Art der Sozialversicherung einzurichtende *Schulversicherung*. Er nimmt an, daß die Kosten der Schulspeisung sich, infolge des einzurichtenden Großbetriebs, kaum höher stellen würden als die der heutigen Krankenversicherung. Das möchten wir doch bezweifeln. Sehr zutreffend aber ist seine Meinung, daß die hier entstehende Belastung leichter zu tragen sein würde, als die für die Arbeiterversicherung vom Arbeiter aufzubringenden Beiträge. Denn bei dieser handelt es sich in der Hauptsache um neue Rücklagen vom Lohne, da für die Notfälle des Lebens die Arbeiterschaft vorher nahezu keine Aufwendungen zu machen in der Lage war. Die Speisung der Kinder in der Schule aber würde sofort merkbare und erhebliche Erleichterungen des Familienaufwands mit sich bringen, so unzureichend auch infolge des Mangels an Mitteln und der Zersplitterung der Hauswirtschaft das Geleistete heute ist.

Besonders beachtenswert und gesund ist aber die Art, wie Fleisch die Deckung der Mittel sich vorstellt. Die Last soll nicht etwa bloß verschoben werden durch die Heranziehung der Eltern für jedes beteiligte Kind. Vielmehr soll der *Erziehungsbeitrag* für alle Erwerbenden; entsprechend dem Einkommen und womöglich progressiv, *gleichmäßig* bemessen werden. Die Familien mit großer Kinderzahl hätten nicht mehr, die Kinderlosen und Ledigen nicht weniger zu leisten als die anderen. Von dieser Reform, die ein Hauptthemen der Eheschließung: die Furcht vor dem Erziehungsaufwand, wesentlich verringern würde, verspricht sich Fleisch sicher mit Recht, auch eine Förderung des Familienlebens, da die Abschiebung der Lasten auf andere, wie sie heute der außereheliche Erzeuger bewirkt, damit wegfiel.

Mit Recht sieht der Verfasser selbst in seinen Vorschlägen ein gut Stück Utopie, soweit es sich um ihre Verwirklichung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft — und eine sozialistische mag er wohl erst recht für utopisch halten — handelt. Aber auch andere Fortschritte haben sich schwer durchringen müssen im Kampfe mit Unverstand und Eigensucht. So oft in der Neuzeit große Forderungen für hygienische Verbesserungen erhoben worden sind, hat das Philistertum die Hände über dem Kopf zusammengeslagen (die Errichtung der ersten Irrenanstalten und der städtischen Wasserversorgung wird als Beispiel angeführt). Manchmal war es ein glücklicher Zufall, wenn überhaupt

Brief aus Erfurt.

Seit 4 Wochen liegen hier die Chemigraphen der Firma Ohlenrothsche Buchdruckerei, früher Tetzner, auf dem Pflaster. Den äußeren Anstoß zu den Differenzen gaben verschiedene Tarifbrüche der Firma. Im wesentlichen war aber das provozierende schikanöse Verhalten ihrer Leiter die Ursache, daß der Konflikt eine derartige Schärfe bekommen hat.

Zu Beginn des Jahres trat er in Berlin albekannte Geschäftsleiter Reis in gleicher Eigenschaft in die Firma ein. Er ist uns schon mehrmals in den Rücken gefallen, zuletzt noch in der Graphischen Gesellschaft in Berlin, weshalb er auch aus dem Verbands ausgeschlossen wurde. Die Leser der Graph. Presse werden sich seiner noch sehr gut erinnern können.

Seit dieser Zeit war an ein ruhiges Arbeiten nicht mehr zu denken. Seine Tätigkeit begann er mit Entlassungen, Kündigungen und deren Androhungen. Provokationen wechselten mit kleinlichen Schikanen jeder Art und dabei schrie er den ganzen Tag darauf los, daß man sich eher auf einem Kasernenhof zu befinden vermeinte, als in Arbeitsräumen. Seit seiner Anwesenheit war bald alle Tage etwas anderes los. So wurde u. a. den Kollegen bei Strafe der Entlassung verboten, während ihrer freien Mittagszeit das Geschäft zu verlassen. Als dieserhalb 2 Kollegen entlassen werden sollten, wurde erst nach Anrufen des Schiedsgerichtes diese Maßnahme wieder zurückgezogen. Seit dieser Zeit änderte man auch die Taktik. Der Kasernenhof trat nicht mehr so kraß in Erscheinung. Dafür setzte aber eine unglückliche Treiberei ein. Ständig wurde nun über zu geringe Arbeitsleistung und zu hohe Löhne ratiert, dabei wurde aber durch ganz verkehrte Maßnahmen des Herrn Reis das Arbeiten immer mehr erschwert. Man versuchte durch solche Taktik dem Personal das Arbeiten auf alle erdenkliche Weise zu vereiteln. Man mußte unwillkürlich die Empfindung bekommen, daß es dem Geschäftsleiter nur darum zu tun sei, das bisherige Personal los zu werden.

In dieser Hinsicht hatte er eine würdige Stütze in dem Oberfaktor Domhardt, einem ehemaligen Buchdrucker, der ebenfalls aus dem Verbands ausgeschlossen wurde. Ein Mann, der noch dem alten Standpunkt vom Herr im Hause, von Brotgeber und seinen Untergebenen huldigt, die an Maßnahmen der Unternehmer, und mögen sie auch noch so verkehrt sein, nicht zu rütteln und ganz ergebenst zu bitten haben, wenn sie mit diesen nicht einverstanden sein können und Mißstände beseitigt haben wollen. Brachte es dieser Mann doch fertig, das Verhältnis des Geschäftsleiters zum Arbeiter so hinzustellen, wie Majestät zum Untertan! Trotzdem verschmähte er es nicht, Spitzeldienste zu machen und auf Denunziationen anderer, die in den Arbeitsräumen herumsponieren, Wert zu legen.

Wenn wir noch den früheren Photographen Lange, von den Differenzen bei Mejo & Springer noch in sehr gutem Andenken, erwähnen, der in der Firma als Reisender tätig ist, so nur der Vollständigkeit halber, damit die Kollegen sehen, wo solche Leute sich hinverziehen.

Um aber das Kraut fett zu machen, leistete man sich verschiedene Tarifbrüche. Die tariflichen Bestimmungen, Arbeitsnachweise usw. beschwerten Herrn Reis recht wenig. Er engagierte unter Umgehung des Nachweises, stellte Ueberläufer ein, obwohl er Arbeitskräfte genug hätte erhalten können, und kümmerte sich nicht im geringsten um die Vorstellungen des Vertrauensmannes. Deshalb sollte mit den Chefs Rücksprache genommen werden, doch wurde die Kommission trotz mehrfachen Ansuchens nicht vorgelassen. Nunmehr sollte beim Schiedsgericht Klage erhoben werden. Da scheinen die beiden Leiter Lunte gerochen zu haben, und nun versuchten sie durch einen Hauptschlag, Ruhe im Geschäft herzustellen. Es wurde ein Krach mit dem Vertrauensmann inszeniert, dieser plötzlich entlassen und zwei weiteren Kollegen, darunter einem Kommissionsmitglied, gekündigt. Dem übrigen Personal ließ man sagen, es solle gehen, lieber heute wie später. Dabei hatte Herr Domhardt noch die Stirn, die Überzeugung auszusprechen, daß bei etwaigen Vorkommnissen zwei Drittel der Kollegen stehen bleiben würden, wenn er ihnen ein Drittel mehr Lohn gebe. Herr Reis behauptete sogar, daß er genug Ersatz für uns beschaffen könne, sogar durch Organisierte. Man kann damit die Absicht der beiden Leiter leicht erkennen.

Auf die plötzliche Entlassung des Vertrauensmannes, dem man nicht einmal die Kündigungszeit ausbezahlt, sondern den man auf den Klageweg verwies, und nach der Maßregelung der beiden anderen Kollegen, kündigte das gesamte Personal die Stellung. Als es aber von dem Auftrag, daß es sofort gehen sollte, Kenntnis erhielt, und Verhandlungen des Kreisvertreters mit der Firma erfolglos blieben, nahm es die Arbeit nicht wieder auf.

Die Sache ging an das Schiedsgericht. Die Kollegen unterwarfen sich dem Schiedspruch und waren bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, aber die Firma stellte sich auf einen durchaus hatnackigen Standpunkt und stellte sie nicht wieder ein. Sie sind ausgesperrt.

Nun sucht natürlich die Firma ihren Betrieb durch Arbeitswillige und Unorganisierte aufrecht zu erhalten. Der Geschäftsleiter Reis, der Reisende und frühere Photograph Lange, der Reisende Misera,

früher bei Schelter & Giesecke, mühen sich im Schweiß ihres Angesichts wie ganz gewöhnliche Aetzer ab, im Verein mit dem Aetzer Beckstein, der erst bei Mejo & Springer, dann bei Wittstock den Rausreißer machte, und noch zwei gleich nützlichen Elementen, Lehrlingen und Arbeitsburschen, die fehlenden Kräfte zu ersetzen. Obgleich sie auch nachts noch zu arbeiten, wird doch der Erfolg nur darin bestehen, daß die Kundschaft wegbleibt, wenn sie schon Arbeiten wirklich geliefert bekommt.

Wer hat Lust, unter Leitung des Herrn Reis zu arbeiten? Besonders für Positiv-Retuscheure wäre die Firma sehr empfehlenswert, da sich ihr Arbeitsraum zwischen der Tischlerei mit sämtlichen Maschinen und den Aborten befindet.

Durch eine einzige vernünftige Aussprache mit den Firmeninhabern hätte der ganze Konflikt vermieden werden können. Der Herrenstandpunkt und jedenfalls die guten Ratschläge und Versprechungen der beiden Leiter lies dies aber nicht zu, und so wird die Firma eben auch erst klug werden, wenn sie des angerichteten Schadens genug hat.

Die Firma wurde aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen.

Brief aus Bergamo.

In der Firma Arti Grafiche, Bergamo sind Zustände eingetreten, die uns zwingen, dieses Schreiben an die deutsche Organisation speziell an die ihr angehörenden Kupferdrucker, zu richten. Die Anstalt beschäftigt vier Kupferdrucker, die schon seit 2 1/2, 3, 3 1/2 und 5 Jahren bei ihr in Arbeit stehen und stets zur Zufriedenheit der Direktion geschäftlich haben. Nun ist jetzt eine Arbeit Royal auf China gekommen, eine äußerst dringende Bestellung. Sollte diese Arbeit wirklich bis zum bestimmten Termine in der gewöhnlichen Arbeitszeit fertig werden, so würde das für die Kupferdrucker eine Verschlechterung um 25 bis 30 Proz. bedeuten. Der angebotene Akkord wurde von den Druckern mit Recht als unmöglich abgelehnt. Sie verboten sich zur Leistung von Ueberstunden, was aber von der Direktion zurückgewiesen wurde, und zwar mit dem Bemerkn, daß man das Personal vermindern werde, wenn die Arbeit nicht in der regulären Arbeitszeit bis zum bestimmten Termine fertig würde. Nun sind aber die Kupferdrucker zur gemeinsamen Niederlegung der Arbeit entschlossen, sobald auch nur einer aus dem genannten Grunde entlassen wird. Sie hoffen dabei auf die Unterstützung der deutschen Kollegenschaft durch die Fernhaltung von Zuzug, sobald es in der Anstalt zum Konflikt kommen sollte.

Aus den Sektionen.

München (Chemigr. und Kupferdr.). In unserer Monatsversammlung vom 2. Juli hielt Herr Daum einen Vortrag über Esperanto. Er verbreitete sich in mehr als einstündiger Rede über das Wesen der Esperantosprache und schilderte in leichtverständlicher Form die Bedeutung, die diese neue Sprache in Zukunft für Handel und Verkehr haben wird. Die Aufmerksamkeit, mit welcher die Versammlung den Ausführungen des Redners folgte, war der beste Beweis für das Interesse, das die Kollegenschaft diesem Thema entgegenbrachte. Der Vortrag zeitigte den sofortigen Beitritt mehrerer Kollegen zum Esperantoverein. Bemerkenswert waren die Ausführungen mehrerer Kollegen über die Heranziehung vieler Farbenätzer durch die Prinzipale. Betont wurde, daß dieses mit dem wirklichen Bedarf nach solchen Arbeitskräften nicht in Einklang zu bringen ist. Insbesondere scheint dies bei der Firma Geßler & Co. der Fall zu sein, die unter dem Vorwande dringender und großer Aufträge einen in sicherer Stellung befindlichen Farbenätzer hier her engagierte, um ihn nach dreiwöchentlicher Beschäftigung wegen Mangel an Aufträgen wieder zu entlassen, trotz vorzüglicher Leistung des betreffenden Arbeiters. Die Farbenätzerkollegen werden hiermit auf dieses Vorkommnis aufmerksam gemacht und gebeten, bei Engagementsannahme nach München Vorsicht walten zu lassen, da es sich nach Ansicht der hiesigen Farbenätzer bloß um ein Manöver handeln könnte, die Löhne der Arbeiter bei niedrigerer Konjunktur noch wirksamer zu drücken, als es bereits bis jetzt in genügendem Maße geschehen ist. — Um einer gewissen Tratsch- und Klatschsucht innerhalb der Kollegenschaft — die manchmal die Grenze des Zulässigen überschreitet — entgegenzutreten zu können, wird ein fünfstündiges Schiedsgericht gewählt, das in Zukunft alle unkollegialen Behauptungen über einzelne Kollegen auf ihre Richtigkeit zu prüfen haben wird, um systematischen Verdächtigen das Duckmäuserhandwerk wirksamer zu legen. Die vom Hauptvorstand als notwendig anerkannte Reduzierung der Unterstützungen für ausgesteuerte Kollegen soll dadurch ausgeglichen werden, daß die Differenz von der Lokalkasse bestritten wird. Nach Bekanntgabe eines für Chemigraphen bestimmten Unterrichtskurses an der Schule in der Prankstraße, der um billiges Geld absolviert werden kann, wird die Gründung einer großen Lokalkasse mit wöchentlicher Beitragsleistung beschlossen, um die arbeitslos werdenden Kollegen in Zukunft ausgiebiger unterstützen zu können. Die diesbezüglichen Vorarbeiten werden unverzüglich in Angriff genommen werden.

Offenbach a. M. Richtigstellung. In No. 27 der Graph. Presse befindet sich im Bericht der Chemigraphen-Versammlung Frankfurt-Offenbach folgender Satz: Der Standpunkt des Vorsitzenden der Zahlstelle Offenbach, der sich zu diesem Anschluß schriftlich geäußert hatte, wurde allgemein bedauert. Da der Satz in dieser Fassung leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben kann, erlaube ich mir einige Worte dazu. Zuerst habe ich mich zu der Anschlußfrage überhaupt nicht schriftlich geäußert. Das konnte ich auch nicht, denn ich wußte ja nicht, daß und wann eine Chemigraphen-Versammlung stattfindet. Eine Einladung zur Versammlung oder eine Aufforderung zur Äußerung habe ich nicht erhalten. Daß eine Versammlung war, erfuhr ich erst später, wobei mir auch gesagt wurde, über das Resultat der Versammlung würde nichts verraten. Es ist also nicht angebracht, zu schreiben, ich hätte mich zu der Anschlußfrage der Versammlung gegenüber schriftlich geäußert. Das in Frage kommende Schreiben hat eine wesentlich andere Bedeutung. Es gibt nur den Beschluß der Offenbacher Verwaltung und die Mitteilung des Hauptvorstandes, die uns zu dieser Angelegenheit gemacht wurde, kund und ist von mir als dem Vorsitzenden der Zahlstelle unterzeichnet. Irgend eine persönliche Ansicht ist nicht darin enthalten. Für uns war eigentlich keine Verpflichtung vorhanden, unseren Beschluß sowohl als die Mitteilung des Hauptvorstandes der Frankfurter Sektionsleitung zu unterbreiten. Nur weil wir es für praktisch hielten, haben wir auch der Frankfurter Leitung diese Mitteilung gemacht. Im übrigen ist mein Standpunkt zur Anschlußfrage allgemein bekannt und hat meines Wissens für die Frankfurter Chemigraphen noch keinen Anlaß zum Bedauern gegeben. H. Neumann.



Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen
Zentralarbeitsnachweis: Wilhelm Hänlein, Berlin N. 28.
Anklamerstr. 27, 1. — Telefon-Amt III. 5246.

Photographengehilfen-Konferenz.

Ueber die Notwendigkeit einer Photographengehilfenkonferenz während der internationalen photographischen Ausstellung in Dresden 1909 sprach am 1. Juli der Vorsitzende der Photographen-Sektion des Senefelder-Bundes, Kollege Hänlein, in einer öffentlichen Versammlung zu Berlin. Einleitend wies er auf die Anstrengungen der Chefs hin, das Interesse der Regierung und des Publikums auf sich zu lenken. Die Arbeitgeber suchen dadurch den Erfolg der Ausstellung auf ihre Seite zu bringen. Professor Emmerich-München hat zwar eine Diskussion wirtschaftlicher Fragen auf dem internationalen Photographen-Tag vom 7.-10. Juli in Dresden zu verhindern gewußt. Aber diese werden in einer gleichzeitig stattfindenden Versammlung des Zentralverbandes deutscher Photographen-Vereine eingehend erörtert werden. Nebenher wird sich auch der Rechtsschutzverband einfinden. Auch wurde schon in Berlin ernstlich eine Vereinigung in Erwägung gezogen, die nach einem früheren Muster auch Gehilfen in ihre Reihen aufnehmen sollte. Jedoch hat man diesen »gelb« schillernden Plan in der Würdigung seiner Aussichtslosigkeit fallen lassen. Weist doch selbst die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« nach, daß es eine Harmonie zwischen Arbeitgebern und Gehilfen nicht geben kann. Die Tagung des Rechtsschutzverbandes verdient infomeren wenig Beachtung, als dieser wahrscheinlich aufgelöst wird. Die Arbeitgeber formieren sich also jetzt zur Kampforgansation. Deshalb muß die gesamte Gehilfenschaft ihr Augenmerk auf den Zentralverband deutscher Photographen-Vereine richten, der während der Dresdener Tagung seine Organisation weiter und zweckmäßiger ausbauen wird. Wir hätten ja schließlich gegen einen strafferen Arbeitgeberverband nichts einzuwenden, da hierdurch vielleicht die Berufsverhältnisse geläutert werden. Hingegen ist aber bei einem großen Teil der Photographengehilfen immer noch nicht das notwendige Interesse für die Organisation zu erzielen.

Redner erinnert an die kulturfördernde Wirkung der Chemigraphen- und Buchdruckertarife, die für beide Parteien Vorteile brachten. Die Krise hat uns wie auch die kleineren Arbeitgeber sehr geschädigt. Und in den vorherrschenden Kleinbetrieben beobachten wir Lohnkürzungen und Anstellung billigerer Arbeitskräfte. Die Angebote mit freier Station steigen immens. Frauenarbeit wird bevorzugt. Aber auch die Großbetriebe bringen Verschlechterungen. Ein solcher mit 3 Millionen Grundkapital, von dem man es bei seinen Wohlfahrtseinrichtungen nicht erwartet hätte, versuchte unter Androhen der Entlassung bei seinen Retuscheuren die Akkordarbeit einzuführen. Nur durch das einmütige Zusammenstehen der Kollegen ist dieser Schlag vereitelt worden.

